

„Wir steigen aus - dann ist das Ding tot“

Anti-Lärm-Pakt: So nicht mit Offenbach

Von Alexander Koffka

Offenbach ■ Aus Offenbacher Sicht stecken die Verhandlungen um einen Anti-Lärm-Pakt in der Sackgasse. Neu-Isenburgs Bürgermeister Oliver Quilling sieht das anders. Gestern Abend stellte Professor Johann-Dietrich Wörner, Vorsitzender des Regionalen Dialogforums (RDF), den 33 Mitgliedern (darunter 13 Kommunen) in einem Frankfurter Hotel eine „Absichtserklärung zur Konkretisierung eines Anti-Lärm-Pakts“ vor.

Das sechsseitige Papier, das in einer früheren Version „Vorvereinbarung“ genannt wurde und unserer Zeitung vorliegt, ist aus Offenbacher Perspektive komplett inakzeptabel. Rathaussprecher Carlo Wölfel bezeichnet das Papier als „Wunschzettel“ der Fraport. „Es ist absurd, das einige Politiker so etwas unterschreiben wollen.“

Offenbachs FDP-Dezernent Paul-Gerhard Weiß zählt nicht zu diesen. Er empfindet den Entwurf und die Art, wie er vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt ist, als Versuch, „die Kommunen unter Druck zu setzen“. Weiß hat Erkenntnisse, dass Fraport die vertraulichen Unterlagen mit diesem Ziel dem Hessischen Rundfunk zuspielte. Der ließ sich prompt vor den Flughafen-Karren spannen und meldete, auch Offenbach sei bereit,

einen Klageverzicht zu erklären.

Mit solchen lancierten Falschmeldungen wolle Fraport der Landesregierung signalisieren, dass man die Konflikte mit den Kommunen in den Griff bekomme, mutmaßt Dieter Faulenbach da Costa, Flughafenberater der Stadt. Davon aber könne, was Offenbach betrifft, keine Rede sein. Nachdem es nicht gelungen ist, die Absichtserklärung im Offenbacher Sinn zu ändern, werde die Stadt nun aussteigen. „Ich gehe davon aus, dass die Verhandlungsrunde damit gestorben ist“, sagt Faulenbach, der an der gestrigen RDF-Versammlung als Vertreter von Stadtrat Weiß teilnahm. Der fand es wichtiger, eine zeitgleich stattfindende Bürgerversammlung zum Flughafen in Tempelsee abzuhalten.

Im Gegensatz zu den Offenbacher Akteuren kann sich Neu-Isenburgs Bürgermeister Oliver Quilling (CDU) durchaus vorstellen, auf Grundlage der Absichtserklärung weiter zu verhandeln. In dem Papier sei noch nichts „festgeklopft“. Daher sollte man es nicht überbewerten. Der Weg bis zu einer wirklichen Vereinbarung inklusive einer etwaigen Erklärung des Klageverzichts sei noch weit. „Wir sollten weiterreden und sehen, was dabei herauskommt“, schlägt Quilling vor.

Verhandeln und klagen

Offenbach (op) ■ FDP-Fraktionschef Oliver Stirböck beklagt, die Verantwortlichen der Fraport hätten „gedeckt von der Landesregierung“ die Perspektiven der Gemeinden stets ausgeblendet. Das Kriterium der Belastungsgerechtigkeit und damit die besondere Dramatik einer weiteren Einflugschneise über Offenbach werde kaum anerkannt. Anders als bei der Erweiterung des Wiener Flughafens verweigere man sich einem Dialog über die gerechte Verteilung von Vor- und Nachteilen. Ziel der Koalition sei, weiteren Fluglärm über Offenbach zu verhindern und vorhandenen zu minimieren. „Dazu sind sowohl Gespräche mit Fraport als auch eine Nordbahnklage zu Gebote stehende Mittel“, so Stirböck.

Wörner dient der Fraport

Offenbach (op) ■ Prof. Johann-Dietrich Wörner, Vorsitzender des Regionalen Dialogforums, betreibe das Geschäft der Fraport, kritisiert Peter Schneider. Der Grünen-Fraktionschef widerspricht der Darstellung Wörners, ein Pakt mit Fraport würde die Kommunen von weiterem Lärm verschonen. „Es ist ein Ammenmärchen zu glauben, dass ein Ausbau ohne erhebliche zusätzlichen Lärm möglich wäre.“ Von einem Anti-Lärm-Pakt könne bei der von Wörner vorgelegten Absichtserklärung keine Rede sein. Der Entwurf ordne den Lärmschutz betrieblichen Belangen Fraports und der Fluggesellschaften unter. „Man muss sich überlegen, ob die Teilnahme der Stadt an den Gesprächen da noch Sinn macht.“